

Die Bedrohung von rechts ist massiv

„Reichsbürger“: „Der Prinz und der Umsturzplan“, FR-Tagesthema vom 8. Dezember

Hochschaukeln in eine Diktatur

Bekanntlich gibt es in unserer Gesellschaft eine erhöhte Gewaltbereitschaft, auch bei der Polizei. Das verstärkt die Gefahr des Hochschaukelns in eine gewalttätige Diktatur. Letztere erlebte ich als Kind in Nazi-Deutschland. Damals viele Millionen Tote und an Leib und Seele Verletzte. Deutsche, einschließlich Polizeibeamte, müssen darüber nachdenken, wie sie mit gewaltlosen Einsätzen Verwundungen vermeiden. Keiner darf weggucken bei Gewaltmissbrauch. Auch viele kleine Schritte ohne Gewalt können die Welt verändern. Ostdeutsche haben 1989/90 mit dem Ruf „Keine Gewalt!“ in Massendemonstrationen ein Gewaltregime gestürzt, ohne dass ein Schuss fiel! Dietmut Thilenius, Bad Soden

Noch hat sich der Rechtsstaat wehrhaft gezeigt, was unbedingt notwendig ist. Der Vorgang verlangt jedoch nach weitergehenden Konsequenzen. So ist die AfD offensichtlich tiefer in den verfassungsfeindlichen Sumpf verstrickt als bisher angenommen. Ein Verbotsantrag gegen dieses von alten Nazis durchsetzte demokratiefeindliche Sammelbecken ist absolut geboten, wenn wir diesen Staat mit seinem Grundgesetz, der besten freiheitlichen Verfassung, die es jemals auf deutschem Boden gegeben hat, beschützen wollen. Die Feinde dieser Demokratie stehen mal wieder rechts. Dies fordert die Wachsamkeit aller Demokratinnen und Demokraten. Der Vorgang schreit geradezu nach Konsequenzen. Manfred Kirsch, Neuwied

Mit Beteiligung staatlicher Kräfte

Die Medien berichteten jetzt von einer Razzia in der Reichsbürgerszene. Grund: Den Mitgliedern dieses rechtsextremistischen Netzwerkes wird vorgeworfen, einen gewaltsamen Umsturz in Deutschland vorbereitet zu haben. Unter den 25 Festgenommenen sind nicht nur eine ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete und Richterin, ein Prinz und Immobilienunternehmer aus Frankfurt sowie auch diverse Ex-Elitesoldaten und ein KSK-Mitarbeiter. Da die Gruppe wohl auch über Waffen verfügte, hätte es bei

einem gewaltsamen Umsturzversuch sicher auch Tote gegeben. Diese Enthüllungen zeigen erneut, dass unser Staat massiv von rechts bedroht wird, was seit langem bekannt ist, was aber vor allem von rechtslastigen Parteien wie CSU, CDU und FDP verharmlost wurde. Im Zuge dieses Schmusekurses mit den rechten Bewegungen und der AfD konnten sich diese Netzwerke ungestört entwickeln. Auffällig, dass immer wieder staatliche Sicherheitskräfte involviert sind. Großer Aufschrei aus den genannten Parteien, aber wenn sich Klimaaktivisten auf die Straße kleben, droht die Welt zusammenzuberechnen. Sofort müssen schärfere Gesetze her, die jungen Leute sollen am besten gleich in den Knast – politische Kriminalisierung von ungeliebten Oppositionellen, wie das schon in APO-Zeiten üblich war. Auch diesmal ist die Bildzeitung bei der Meinungsmache ganz vorne dabei. Conrad Fink, Freiburg a. N.

Fundamentaler Webfehler bei Polizei und Bundeswehr

Leider haben sowohl die Bundeswehr als auch die Polizei seit jeher einen fundamentalen Webfehler. Wer ist eher geneigt, sich für eine Karriere dort zu entscheiden? Jemand, der oder die eher links oder rechts orientiert ist? Diese Frage können Sie sich wahrscheinlich selbst beantworten. Patrick Libuda, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/reichsbuerger

Wir hören nicht auf mit der Zerstörung

Zu: „Allianz spricht mit Museen“ und „Die allerletzte Generation“, FR-Wirtschaft vom 8.12. und -Tagesthema vom 10.12.

Die Angst der Versicherer

Ich kann dieses „Framing“, dass nun Klimaaktivisten massenhaft Kunstwerke bedrohen, einfach nicht mehr ertragen! Leider verbreitet auch die FR diese dpa-Meldung. Haben es eigentlich alle mitbekommen? Der Kartoffelbrei ist gegen eine Glasscheibe geflogen, und natürlich wurde das vorher erkundet. Auch die paar tausend Euro, um einen Rahmen von Kleberesten zu befreien, sollte die letzte Generation zusammenbekommen. Außerdem würde ja die Wirkung geringer, wenn solche Aktionen nun zu oft wiederholt würden. Als hingegen 60 Kunstgegenstände im Pergamon-Museum beschädigt wurden, gab es diese Angst der Versicherer nicht, obwohl bis heute die Verursacher nicht gefunden wurden. Antje Sander, Darmstadt

Politik fürs Gemeinwohl scheint kaum noch möglich

Es ist ein wohl nicht mehr zu bezweifelnder Sachverhalt, dass der ökonomisch verursachte Klimawandel rasant zunehmend verheerende Katastrophen für Menschen in ausgedehnten Gebieten der Erde zur Folge hat. Sogar die Voraussetzungen für

das Überleben der Menschheit sind zukünftig nicht mehr zweifelsfrei gegeben. Angesichts dessen ist es schon eine erstaunliche Verdrängungsleistung, die Botschafterinnen dieser radikalen Ungeheuerlichkeit zu kriminalisieren und dabei die Dringlichkeit ihrer Botschaft zu ignorieren.

Aber die verzweifelte Klage gegen und der moralische Appell an die herrschende Politik greifen zu kurz. Mit Unfähigkeit, moralischer Verkommenheit oder Unwissen der jeweiligen Entscheider:innen kann die jahrzehntelange und anhaltende Ignoranz gegen bessere Einsicht nun wirklich nicht mehr erklärt werden. Offensichtlich folgt die Politik strukturellen Zwängen, die ein vernünftiges, der drohenden Lage angepasstes Handeln nicht zulassen. Kapitalismus ist ohne den verheerenden Wachstumszwang nicht zu haben. Das wirtschaftliche Konkurrenzsystem fördert unausweichlich die mächtige Dominanz von Partialinteressen und verunmöglicht systematisch politisches Handeln, das am Gemeinwohl orientiert ist. Die Konkurrenz zwischen den nationalen Ökonomien spiegelt diese Irrtümer auf Weltebene. Alle diese handlungsleitenden Prinzipien sind kaum hinterfragt.

Der Appell der „Letzten Generation“ an den Bundeskanzler versucht verzweifelt, aus einem Bock einen Gärtner zu machen. Stattdessen wäre die Forderung bitter nötig, Politik und Wirtschaft aus diesen verhängnisvollen Zwängen zu befreien – eine Überwindung dieses Wirtschaftssystems und des national gepolten Denkens ist überfällig. Wer setzt sich dafür ein? Joachim Reinhardt, Hüttenberg

Messerscharfe Argumentation

Rainer Griefshammer sagt es laut und deutlich: Wir haben unseren Planeten heruntergewirtschaftet und wollen immer noch nicht damit aufhören, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Wenn die Generation, die das ausbaden muss, keinen anderen Ausweg mehr findet, als sich auf den Straßen festzukleben, werden die Aktivistinnen und Aktivistinnen eingesperrt oder sogar in Präventivhaft genommen. Terroristen! Öko-RAF! Verwirrte Geister! Griefshammer zeigt messerscharf auf, wie die symbolische Klebeaktion der Letzten Generation mit unserem „Kleben“ an alten Wohnheiten, mit unserer Lebens- und Wirtschaftsweise zusammenhängt. Chris Sperber-Pretzl, Freigericht



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an: Bronski Frankfurter Rundschau 60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an: Bronski@fr.de oder Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20221213

FR ERLEBEN

Michael Hesse diskutiert mit dem Finanzjournalisten David de Jong die Hauptthesen seines Buches „Das braune Erbe“. Am Beispiel von fünf mächtigen Unternehmerfamilien (Quandt, Porsche, Flick, von Finck und Oetker) zeigt der Autor, wie sich jene bis heute um die Geschichte ihres Erbes drücken, dessen Dividenden sie doch gern genießen. **Dienstag, 13. Dezember, 18 Uhr IG Metall, Wilhelm-Leuschner-Straße 66-77, Frankfurt**

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit der Autorin Ulrike Keding über ihr Buch „Die heimliche Freiheit. Irans starke Frauen“. **Mittwoch, 14. Dezember, 19.30 Uhr Bühne Marleen, Liliencarré, Bahnhofspatz 3, Wiesbaden**

Judith von Sternburg stellt zusammen mit Christian Thomas in einer Extraausgabe der „Frankfurter Premieren“ des Kulturamts seine FR-Reihe „Die kleine Ukraine-Bibliothek“ vor und spricht über ausgewählte Bücher. Schauspielerinnen Birgitta Assheuer liest Passagen. **Anmeldung: kulturportal@stadt-frankfurt.de Donnerstag, 15. Dezember, 19 Uhr Villa Metzler, Schaumainkai 17, Frankfurt**

Fatales Signal

Zu: „Bundestag verurteilt Hungerterror gegen Ukraine“, FR-Politik v. 1.12.

Nicht allein aus Gründen der Optik bin ich darüber unglücklich, dass der Holodomor durch den Bundestag bei Enthaltung von AfD und Linken verurteilt wurde. Dieses fatale Zusammenspiel riecht ein wenig nach einer nationalbolschewistischen Einheitsfront.

Es wäre besser gewesen, wenn der real existierende Pluralismus innerhalb der Linksfraktion dazu geführt hätte, dass wenigstens einige linke Abgeordnete sich getraut hätten, den Hungerterror gegen die Ukraine zu verurteilen. Siegfried Kowallek, Neuwied

Keine Erwähnung

Zu: „Mehr Imame sollen Deutsch sprechen“, FR vom 8. Dezember

Die berechtigte Forderung nach Imamen, die in Deutschland ausgebildet werden, ist nicht neu. Doch leider wird dabei fast immer verschwiegen, dass bereits seit 2008, also seit über vierzehn Jahren, die Jamia Ahmadiyya im hessischen Riedstadt besteht, ein Institut, in welchem junge Imame in deutscher Sprache ausgebildet werden. 2015 hatten die ersten Imame ihr Studium absolviert. Seitdem sind die bisher über 70 ausgebildeten Imame als Betreuer in den Moscheen, Ansprechpartner für den interreligiösen Dialog und Seelsorger bundesweit tätig. Auch die Predigten in ihren Moscheen werden in deutscher Sprache gehalten.

Ich finde es sehr schade, dass dieses Institut der Ahmadiyya Muslim Gemeinde KdöR, die auch Mitglied der Deutschen Islamkonferenz ist, bei diesen Debatten so gut wie keine Erwähnung findet, wobei sie uns allen doch als praktisches Beispiel zeigt, wie es aussehen kann, wenn „mehr Imame Deutsch sprechen sollen“.

Imtiaz Shaheen, Frankfurt

SORRY

Die italienische Trophäe, die Eintracht Frankfurt gegen Bergamo gewonnen hat, heißt nicht „Trofeo Bortolotti“, sondern im vollständigen Namen „Trofeo Achille e Cesare Bortolotti“, meist verkürzt „Trofeo Bortolotti“ genannt. Der Fehler stand im Artikel „Und noch eine Trophäe“ (10.12., Seite S8).

Giordano Bruno habe seine letzten zehn Lebensjahre in Frankfurt verbracht, schreiben wir im Artikel „Die Latrine von Giordano Bruno“ (8.12., S.20). Richtig ist, dass Bruno im Jahr 1590 in Frankfurt war. 1591 ging er nach Venedig, 1593 saß er in der Engelsburg in Rom in Haft und wurde 1600 auf dem Campo de' Fiori verbrannt.